

Das **Magazin** der Gewerkschaft **vida**.

April/Mai 2012

www.vida.at

vida



Sozialer Wohnbau

TEURES
~~**TRAUTES**~~ **HEIM?**

WOHNEN MUSS LEISTBAR BLEIBEN

Der soziale Wohnbau in Österreich hat eine lange Geschichte. Aber wie sicher sind seine Fundamente noch? Wird es auch in Zukunft günstige Wohnungen geben?

IN DIESER AUSGABE

COVER	4
Wohnen muss leistbar bleiben	
KV-BAROMETER	14
Aktuelle Abschlüsse	
KOMMENTAR	15
Journalisten ohne Beißhemmung	
BERUFSPORTRAIT	15
Eine Fluglotsin im Gespräch	
GRAUZONE	17
Wenn die Ausbildung nicht angerechnet wird	
VOR DEN VORHANG	20
Eine Betriebsrätin mit Erfahrung	
vida SEKTIONEN	8
GEWINNSPIEL	23
IMPRESSUM	23

CARTOON



Bernd Brandstetter



Bild: Foto/ia/Patrizia Tilly

WECHSEL IN DER VIDA-BUNDESGESCHÄFTSFÜHRUNG

Norbert Bacher-Lagler hat aus persönlichen Gründen die Funktion als vida-Bundesgeschäftsführer zurückgelegt. Der Bundesvorstand wird im Mai eine Neuausschreibung der Bundesgeschäftsführung veranlassen.

Bernd Brandstetter hat interimistisch die Leitung der Bundesgeschäftsführung übernommen. Günter Slezak, Leiter des vida-Bildungsreferats, wird ihn dabei unterstützen.

Bernd Brandstetter hat bei den ÖBB die Lehre zum Maschinen Schlosser absolviert. Seit 1993 ist Brandstetter bei der Gewerkschaft hauptamtlich beschäftigt – und organisierte in dieser Zeit auch den Streik der EisenbahnerInnen im Jahr 2003 tatkräftig mit.

In der Gewerkschaft vida war der gebürtige Niederösterreicher bislang als Bundessekretär der Bundesfachgruppe Schiene im Einsatz.

KIND UND KARRIERE

Im aktuellen vida Podcast geht es um Kinder, Karriere und die Konflikte, will man beides unter einen Hut bringen. Was brauchen Mütter, um beruflichen Erfolg haben zu können? Wie geht es einem Vater in Karenz? Darüber erzählt sehr ehrlich ein ÖBB-Mitarbeiter. Außerdem bringen wir eine Reportage aus dem Berufsalltag einer Kindergartenhelferin.

Hören Sie mehr auf <http://podcast.vida.at>

Wehret den Anfängen!

von **Rudolf Kaske**
vida-Vorsitzender



„Während in einigen EU-Ländern unter dem Vorwand des Schuldenabbaus die soziale Absicherung verschlechtert wird und die öffentlichen Dienste eingeschränkt werden, blieb unser Sozialstaat davon weitgehend verschont. Doch auch wir müssen wachsam sein.

Erst kürzlich entfachte Wirtschaftsbund-Generalsekretär Peter Haubner eine Diskussion um die Bezahlung im Krankheitsfall. Am ersten Krankenstandtag sollen die Beschäftigten keinen Lohn bekommen, so der Arbeitgeber-Vertreter. Die Spartenobfrau für den Bereich Handel in der Wirtschaftskammer, Bettina Lorentsich, legte ein Schäuferl nach: Wer beim Freizeitsport verunfallt, soll während des Krankenstandes überhaupt keine Lohnfortzahlung erhalten, erklärte sie. Wir GewerkschafterInnen erteilen diesen abstrusen Ideen

eine Absage. Unser Ziel ist es, den Sozialstaat und die öffentlichen Dienstleistungen zum Wohle aller zu verbessern. Hier gibt es durchaus Handlungsbedarf. Ein Beispiel dafür ist unser Öffi-Angebot. Immer mehr PendlerInnen können sich die hohen Spritpreise nicht leisten, doch nicht überall gibt es eine Alternative. In vielen ländlichen Gegenden wurde der Nahverkehr ausgedünnt. Und während Milliarden Gelder in den Bau von Tunnels fließen, ist für den Ersatz jahrzehntealter Schnellbahngarnituren offenbar kein Geld mehr da.

Wir zeigen diese Lücken auf, wir bringen uns in die Debatte ein. Das Ende des Sozialstaats, das der Chef der Europäischen Zentralbank ausgerufen hat, ist nicht gekommen. Im Gegenteil: Die Menschen brauchen den Sozialstaat. In Österreich und anderswo.

Bild: Paul Sturm



Bilder (2): vida

ÖFFIS UND MEHR

Bereits 2011 hat sich vida mit der Absicherung unserer öffentlichen Güter und Dienstleistungen beschäftigt. Entstanden ist dabei ein Spezialheft des Magazins lunapark 21. Von der Teilprivatisierung der Wasserversorgung in Berlin bis zur Bahnprivatisierung in Neuseeland - wir zeigen die negativen Folgen des Ausverkaufs öffentlicher Dienste auf. Bestellen Sie ein kostenloses Exemplar des Magazins bei wirtschaft@vida.at, Stichwort „lunapark“.

SOZIALSTAAT FAIRBESSERN. VON ALLEN. FÜR ALLE.

Der ÖGB hat im April seine Initiative „Sozialstaat fairbessern“ gestartet. Ein guter Sozialstaat und gute öffentliche Dienste sind für die Bevölkerung wesentlich. Im Rahmen der ÖGB-Initiative konzentriert sich vida insbesondere auf die Bereiche Verkehr, Pflege und Betreuung und das Gesundheitssystem. Wir informieren mit einer eigenen Website über die aktuelle Lage und über Feinde und Bedrohungen der Leistungen der Daseinsvorsorge. Zusätzlich zeigen

wir auf, wo es Verbesserungsbedarf gibt. Auch die Finanzierungsseite schauen wir uns an – denn unsere öffentlichen Dienstleistungen sollen nicht für alle da sein, sondern auch von allen finanziert werden. Und hier sehen wir bei den Vermögenden – Stichwort fehlende Vermögen- und Erbschaftssteuer – auf Seiten der Politik Handlungsbedarf!

Mehr unter
<http://daseinsvorsorge.vida.at>

Gemeinnützigkeit statt Profit

„Sozialer Wohnungsbau“ bezeichnet den staatlich geförderten Bau von Wohnungen, insbesondere für Menschen, die ihren Bedarf nicht am freien Wohnungsmarkt decken können. Wohnkosten sollten nicht mehr als ein Drittel des Nettoeinkommens verschlingen. Unter diesem Blickwinkel sind Wohnungen am freien Markt für viele nicht leistbar.

Wohnst du schon?

Wer bestimmte Einkommensgrenzen nicht überschreitet, kann in geförderte Wohnungen ziehen.

Erschwingliche Mieten für alle

WOHNEN MUSS LEISTBAR BLEIBEN

Dafür sorgt der soziale Wohnbau. Doch die Förderungen schrumpfen konstant, während die Kosten steigen.

ist der Spitzenwert innerhalb der EU. Je mehr sich das Verhältnis in Richtung frei finanzierte Wohnungen verschiebt, umso teurer werden die Mieten. Von Beginn an war das soziale Wohnungswesen eng mit finanzieller Unterstützung durch den Staat verknüpft. Fördergelder sind unverzichtbarer Kraftstoff für den Wirtschaftsmotor Wohnbau. Immer wenn hier gespart wurde, etwa während der Weltwirtschaftskrise der 1920er, ist die Bautätigkeit eingebrochen, was der Wirtschaft erst recht geschadet hat.

WOHNRAUM FÜR MILLIONEN

Heute lebt jeder fünfte Bewohner Österreichs in einer Wohnung, die dem sozialen Wohnbau zugerechnet wird, das sind 1,7 Millionen Menschen. Drei von fünf Mietwohnungen gehören zum sozialen Sektor. Darunter fallen Gemeindewohnungen und sogenannte „Genossenschaftswohnungen“, die aber längst nicht mehr nur von klassischen Genossenschaften, sondern von gemeinnützigen Bauvereinigungen errichtet werden. Während bei Gemeindewohnungen nur die Miete anfällt, müssen bei Genossenschaftswohnungen Grund- und Baukostenbeitrag bezahlt werden. In Österreich gibt es derzeit knapp 200 gemeinnützige Bauvereinigungen. Auch sie müssen wirtschaftlich handeln, an erster Stelle steht aber nicht Gewinnmaximierung, sondern die Versorgung breiter Bevölkerungsschichten mit Wohnungen, also der Nutzen der Gemeinschaft. Alle Auflagen sind im Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz geregelt.

LEISTBARE WOHNUNGEN BALD MANGELWARE?

Das Fundament des sozialen Wohnbaus beginnt zu bröckeln. Günstige neue Wohnungen werden knapp, sagt der Obmann der gemeinnützigen Bauvereinigungen, Karl Wurm: „Beim Altbestand stehen wir gut da, aber allein zwischen 2009 und 2011 ist die Zahl der geförderten Neubauwohnungen um 21 Prozent zurückgegangen, bei Mietwohnungen waren es sogar 36 Prozent. Günstige Mietwohnungen fehlen jetzt schon und es werden immer weniger gebaut.“ Gerade hier ist die Nachfrage aber sehr hoch. Die Menschen werden immer mobiler, Lebenssituationen wechseln öfter, viele wollen sich nicht mehr längerfristig binden. Außerdem steigt der Prozentsatz derer, die kein Geld für Einmalbeträge auf der Seite haben, Menschen mit niedrigen Einkommen, die permanent Reallohnverluste hinnehmen müssen. Zugleich ist die Kreditfinanzierung schwieriger geworden. Die Gewerkschaften fordern, dass der Staat seiner Aufgabe nachkommt und für ausreichend leistbaren Wohnraum sorgt. vida-Wirtschaftsexpertin Anna Daimler: „Es reicht nicht, die Verantwortung auf gemeinnützige Bauvereinigungen abzuschieben und sich aufs Förderwesen zurückzuziehen. Es muss auch bei Gemeindewohnungen wieder Neubauprojekte geben.“ Stattdessen wird indirekt der Sparstift angesetzt, kritisiert Daimler: „Die Mittel für den sozialen Wohnbau müssen wieder indexangepasst werden!“ Denn derzeit bleibt die

Die Wurzeln des sozialen Wohnbaus in Österreich führen ins 19. Jahrhundert. Im beginnenden Industriezeitalter herrscht kaum vorstellbares Wohnungselend, vor allem in den rasant wachsenden Städten. Es gibt viel zu wenige Wohnungen für die Menschen. Der Markt liegt vollständig in privater Hand. Selbst für unhygienischste Baracken werden Wucherpreise verlangt. Erst nach der Revolution 1848 beginnen die ersten Gemeinden sogenannte „Armenwohnungen“ zu errichten, Industriebetriebe bauen Quartiere für Arbeiter, staatliche Stellen für Beamte.

Seine Blütezeit erlebt der soziale Wohnbau nach dem Zweiten Weltkrieg. Vom soliden Fundament, das damals geschaffen wurde, profitieren heute noch alle. Denn das große Angebot an günstigen Wohnungen wirkt preisdämpfend auf den gesamten Markt. In Österreich nimmt der soziale Mietwohnungssektor einen Anteil von 23 Prozent am gesamten Wohnungsbestand ein. Das

Soziale Verantwortung

Eine angemessene Wohnversorgung auch für jene, die nicht auf die Butterseite des Lebens gefallen sind, ist Voraussetzung für sozialen Frieden.



Wohnbauförderung nur auf dem Papier gleich hoch, real schrumpft sie rasant. Seit 1996 gibt es keine Wertanpassung mehr. Die Summe ist bei 1,78 Milliarden Euro eingefroren.

2008 der nächste tiefe Einschnitt: die Wohnbaufördermittel, die vom Bund an die Länder ausgeschüttet werden, sind nicht mehr zweckgebunden, das Geld kann also in alle möglichen Kanäle fließen. Von dem, was dann noch übrig bleibt, müssen neben Neubauprojekten auch immer mehr Sanierungen finanziert werden.

BRENNPUNKT STÄDTE

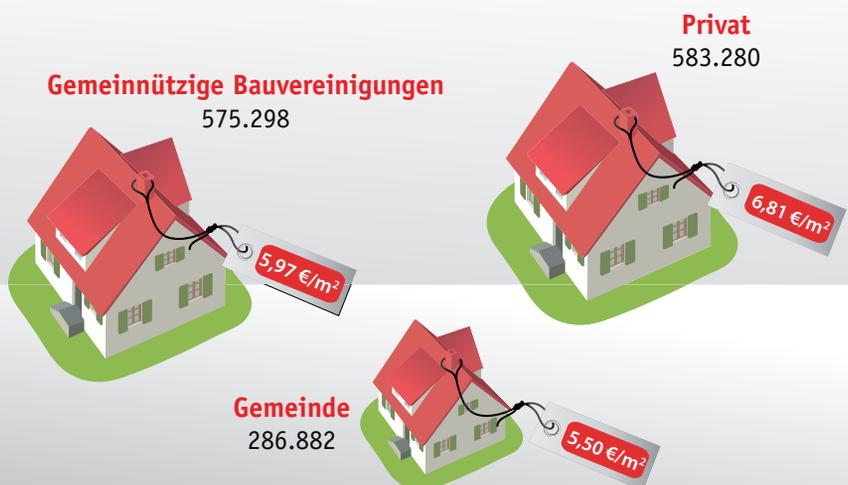
Das größte Problem sei, in Ballungsräumen mit großer Nachfrage günstig zu bauen, sagt Karl Wurm: „Dort sind die Rahmenbedingungen anders als auf dem Land. Die Grundstückspreise sind in den letzten Jahren explosionsartig gestiegen.“ Dazu kommen Preissteigerungen bei Rohstoffen. Um die Grundstückspreise einzudämmen schlägt Wurm Zweckwidmungen vor: Wird Grund in Bauland umgewidmet, muss der Eigentümer für einen bestimmten Teil eine Preisbegrenzung für sozialen

Wohnbau akzeptieren. Für den anderen Teil darf der Marktpreis gefordert werden.

Damit für ein Projekt Fördergeld fließt, müssen hohe Anforderungen erfüllt werden. Beurteilt werden vier Kriterien: soziale Nachhaltigkeit, Ökologie, Ökonomie und Architektur. Dazu kommen zahlreiche Auflagen, von Barrierefreiheit bis Brandschutz. Die Bauvereinigungen würden hier gerne „entrümpeln“, um billiger bauen zu können, sagt Wurm: „Die Frage ist: was muss eine günstige Wohnung wirklich bieten? Es kann nicht sein, dass eine geförderte Wohnung höhere Qualitätskriterien erfüllen muss als eine freifinanzierte.“ Entrümpeln müsste man auch das Förder-Wirrwarr. Seit 1984 ist die Wohnbauförderung „verändert“, es gibt also neun unterschiedliche Regelungen. Geplant war Bürgernähe, entstanden ist ein schwer durchschaubarer und wenig gerechter Verordnungs-Dschungel. Wer in Wien förderungswürdig ist verdient in Graz zu viel. Die Einkommensobergrenze für eine geförderte Mietwohnung liegt in der Steiermark bei 34.000 Euro netto jährlich für eine Person, in Wien bei 41.340 Euro. Weiteres Beispiel: Ein Ehepaar darf in Salzburg gemeinsam maximal 43.200 Euro netto jährlich an Einkommen beziehen, in Linz sind es 55.000 Euro. Eine weitere Herausforderung für den sozialen

Hauptmietwohnungen in Österreich 2010

Bestände und m²-Preise



Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus.

Sozialer Wohnbau – wesentliche Säule des Sozialstaates

Karl Wurm

Obmann Verband gemeinnütziger
Bauvereinigungen



Bilder: GBV

In keinem Land der EU gibt es ein so breites Angebot günstiger und sozial gebundener Mietwohnungen wie in Österreich. Eine viel zu wenig beachtete Leistung.

Warum? Weil der soziale Wohnbau nicht nur für fast zwei Millionen Menschen leistbare Wohnungen und sichere Mietverhältnisse bedeutet. Die deutlich unter Marktniveau liegenden Mieten stärken auch die für die Konjunktur so wichtige Kaufkraft der privaten Haushalte. Die Wohnbauförderung ist wesentliche Säule dieses Systems, sie droht allerdings zunehmend unter die Räder der Budgetkonsolidierung zu kommen.

Seit 2009 geht die Zahl der geförderten Neubauwohnungen drastisch zurück, vor allem im Mietwohnungssegment. Dem steht eine - aufgrund von stagnierenden bzw. rückläufigen Einkommen und Arbeitslosigkeit - rasch ansteigende Nachfrage nach erschwinglichen Mietwohnungen gegenüber.

Eine freifinanzierte Wohnung kostet monatlich im Schnitt 277 Euro mehr als eine geförderte. Untere und mittlere Einkommensschichten sind also auf den sozialen Wohnbau angewiesen. Darauf hat die Politik zu reagieren und den Sparstift von der Wohnbauförderung zu nehmen. Was es braucht, ist ein Investitionsprogramm - für die Wohnungssuchenden und den Wirtschaftsaufschwung.



Zukunftsträchtige Konzepte

Auch günstige Wohnungen müssen individuell und flexibel gestaltbar sein.

Wohnbau ist die Bevölkerungsentwicklung. Wohnungen sollen für den Single, der von zuhause aus arbeitet, genauso passend sein, wie für die Familie mit vier Kindern; für das sportliche Pärchen ebenso wie für die alleinstehende Pensionistin. Die gemeinnützige Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft BWS hat mit dem Partizipationsprojekt so.vie.so reagiert. Der Name steht für Sonnwendviertel solidarisch. Mitbestimmung heißt das Zauberwort, und zwar von Anfang an. Für über 100 neue Wohnungen im zehnten Wiener Gemeindebezirk waren nur der Baukörperumriss und wenige tragende Mauern vorgegeben, die Wohnungsgrundrisse selbst wurden in persönlichen Gesprächen mit den künftigen Mietern individuell entwickelt. Gleiches gilt auch für die Allgemeinbereiche und Gemeinschaftsräume, die zum Teil erst nach Bezug nach den tatsächlichen Bedürfnissen der BewohnerInnen gestaltet werden. Der Beratungsaufwand für so.vie.so war zwar deutlich höher als bei anderen Projekten, sagt Robert Pfeffer von der BWS, aber das nutzt den Mietern und dem Bauträger: kostenintensive Änderungswünsche zu einem späteren Zeitpunkt werden vermieden, die Bewohner identifizieren sich stark mit ihrer Wohnung, die Fluktuation ist gering und dadurch sinkt der administrative Aufwand. Dazu kommt die Werbung durch enorm zufriedene Kunden.“

Vor wenigen Wochen war Baubeginn. Ende 2013 soll die Siedlung bezugsfertig sein. Die soziale Verantwortung endet aber keineswegs bei der Schlüsselübergabe erklärt Pfeffer: „Es reicht nicht, zu sagen: hier sind eure Wohnungen und fertig. Das Thema Integration ist meiner Ansicht nach die größte Herausforderung für den sozialen Wohnbau, und zwar Integration nicht etwa nur von Zuwanderern sondern von allen ein- bzw. neu zuziehenden Personen. Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher Herkunft und Kultur funktioniert nur, wenn Rücksichtnahme, Toleranz und Verständnis von Beginn an und dauerhaft gefördert werden. Hier ist lange viel falsch gelaufen.“ Damit schließt sich der Kreis zur Geburtsstunde des sozialen Wohnbaus.

Wer bei dieser Säule der Daseinsvorsorge spart, nimmt steigende Preise und Wohnungsknappheit in Kauf, versetzt der Wirtschaft einen Dämpfer und gefährdet den sozialen Frieden - provoziert also jene Zustände, gegen die sich die Revolutionäre von 1848 gewehrt haben.

barbara.poelki@vida.at

Webtipps:

www.gbv.at

www.bws.at

sovieso.at

<http://daseinsvorsorge.vida.at>

VIDA FORDERT 1.450 EURO MINDESTLOHN

Angemessener Lohn für Beschäftigte längst überfällig



Bild: Waldhäus/Insadco/Acturus

Mit einem Knalleffekt haben die Kollektivvertragsverhandlungen für das Hotel- und Gastgewerbe begonnen: Die Verhandlungsführer der Gewerkschaften vida und GPA-djp haben ohne das sattsam bekannte Vorgeplänkel ihre Forderung nach 1.450 Euro Mindestlohn auf den Tisch gelegt.

GERECHTE ENTLOHNUNG

Nach Jahren der Jubelmeldungen über immer neue Nächtigungs- und Gästerekorde sollen endlich auch die rund 200.000 Beschäftigten eine angemessene finanzielle Anerkennung erhalten. Sie sind es, die unter schwierigen Bedingungen die für den Erfolg nötigen Dienstleistungen erbringen. Unregelmäßige, familienefeindliche Arbeitszeiten, hohe

Stressbelastung und körperlich anstrengende Tätigkeiten gehören zum Alltag.

BRANCHENFLUCHT UND LEHRLINGSMANGEL

Wer das in Kauf nimmt, sollte zumindest von seinem Einkommen leben können. Daran sollten auch die Arbeitgeber größtes Interesse haben. Der geringe Lohn gepaart mit den unattraktiven Rahmenbedingungen sorgt für Branchenflucht, Lehrlings- und Fachkräftemangel. Die hohe Fluktuation beim Personal wirkt sich garantiert nicht positiv auf die Qualität der Dienstleistungen aus.

ARBEITSBEDINGUNGEN VERBESSERN

Nur wenn die Beschäftigten mehr Wertschätzung erfahren, wird es gelingen, junge Menschen, Neu- und Wiedereinsteiger in die Branche zu holen und ältere Arbeitskräfte zu halten. Ohne motivierte, zufriedene ArbeitnehmerInnen droht der Erfolgsgeschichte des österreichischen Tourismus ein jähes Ende.

barbara.poelki@vida.at

Überzogen?

Rudolf Komaromy

Bundesfachgruppenvorsitzender



Überzogen, unrealistisch, unfair - das waren die empörten Reaktionen der Arbeitgeber auf die Forderung nach 1.450 Euro Mindestlohn. Und das von Damen

und Herren, die wohl nicht die geringste Ahnung haben, was es bedeutet, von diesem Einkommen leben zu müssen. Der aktuelle Mindestlohn liegt bei 1.208 Euro brutto - für Vollzeitbeschäftigung. Gerne kommt das Argument, dass ohnehin meist überzahlt werde. Drängt sich die Frage auf, warum die Löhne dann offiziell so niedrig gehalten werden. Um den Rest „schwarz“ auszahlen zu können? Dem Staat und damit letztlich uns allen entgehen durch Abgabenhinterziehung Unmengen an Geld - in Zeiten von Sparpaketen. Die betroffenen ArbeitnehmerInnen verlieren bei Pension und Arbeitslosengeld. Meine Antwort an die Vertreter der Wirtschaft: Nicht die Forderung nach 1.450 Euro Mindestlohn ist unfair. Dass in einer wirtschaftlich so maßgeblichen und überaus erfolgreichen Branche die Beschäftigten mit Hungerlöhnen abgespeist werden, das ist das Empörende.

tourismus@vida.at

WIE EIN KLOPAPIER-ENGPASS ZUM LOHNABSCHLUSS FÜHRTE

Europaweit für Aufsehen sorgten im April die Kollektivvertragsverhandlungen für die Handelsbeschäftigten in Schweden. Weil die Arbeitgeber kein faires Angebot vorlegten, kündigte die Gewerkschaft „Handels“ an, kreative „Kampfmaßnahmen“ zu setzen.

Nicht nur, dass die Streiks in einer Vielzahl von Handelsketten, darunter Bauhaus und Ikea ausge-

rechnet am Freitag, den 13. losgehen hätte sollten. Die Bauarbeiter-Gewerkschaft hatte für 20. April einen Solidaritäts-Streik ausgerufen. „Es ist selbstverständlich, dass wir unsere Frauen und Töchter in ihrem Kampf unterstützen“, begründete Gewerkschafter Torbjörn Johansson die Aktion. Für den 23. April hatten die Beschäftigten der Papierindustrie ihre Mitwirkung angesagt: An diesem Tag sollte die

Auslieferung von Toilettenpapier aus einigen schwedischen Papierfabriken blockiert werden.

„Schweden droht eine Klopapier-Krise“ titelten die Medien. Doch die Arbeitgeber lenkten ein. Nur fünf Stunden vor Streikbeginn, am 12. April, konnte die Gewerkschaft „Handels“ eine Einigung mit den Arbeitgebern auf einen Lohnabschluss verkünden.



Der ÖBB

Konzernbetriebsrat hat das Projekt „Altersgerechtes Arbeiten“ gestartet.

Bilder: ÖBB/Eisenbeutl

ÖBB

ALTERSGERECHTE ARBEITSPLÄTZE MÜSSEN HER!

Gesundheitsförderung für ältere Beschäftigte ausweiten

Die Bundesregierung sieht bis 2016 eine Reihe von Maßnahmen vor, die auf eine Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters abzielen.

„Dieses Ziel lässt sich nur verwirklichen, wenn auch der Rahmen für altersgerechtes Arbeiten verbessert wird“, stellt ÖBB-Konzernbetriebsratsvorsitzender Roman Hebenstreit fest. Die ÖBB-Konzernvertretung habe deshalb das Projekt „Altersgerechtes Arbeiten“ gestartet und den Dienstrechtsausschuss mit dem Erarbeiten von Vorschlägen beauftragt.

ALTERSTEILZEIT UND MEHR GESUNDHEITSFÖRDERUNG

Die einzelnen Betriebsräte der ÖBB-Konzernfirmen haben ihre Verhandlungskompetenzen mit der Unternehmensleitung dem Konzernbetriebsrat übertragen. Über folgende Schwerpunkte soll verhandelt werden:

- ❖ Arbeitszeitmodelle mit Reduktion der Wochenarbeitszeit für ältere Beschäftigte
- ❖ Finanzielle Anreize für Altersteilzeit in Form von teil-

weisem Lohnausgleich und Übernahme von Pensionsbeiträgen

- ❖ Verbindlicher Zeitausgleich für Nacht- und Schichtarbeit
- ❖ Vereinfachung von Teilkarenz
- ❖ Ausweitung der betrieblichen Gesundheitsförderung insbesondere für Ältere
- ❖ Altersgerechte Laufbahnplanung

„Beschäftigte, die nun erst viel später in Pension gehen können, dürfen nicht doppelt bestraft werden, indem sie länger arbeiten müssen und eine niedrigere Pension erhalten“, betont auch vida-Verkehrssektionsvorsitzender Gottfried Winkler.

„Klar ist, dass Gesundheitsmaßnahmen für besonders belastete Berufsgruppen sehr früh einsetzen müssen“, fordert Hebenstreit: „Und sie müssen für alle gelten - zwischen ASVG- und Bundesbahnpensionssystem darf es dabei keine Unterschiede geben.“

hansjoerg.miethling@vida.at

SEKTION VERKEHR

ÖBB-GÜTERVERKEHR

VIDA ERFOLGREICH GEGEN LOHNDUMPING

Rechtsgutachten untermauert Gewerkschaftsmeinung



Gerhard Tauchner

Die ÖBB Rail Cargo Austria (RCA) und ihre ungarische Konzerntochter Rail Cargo Hungaria (RCH) haben den Einsatz von ungarischen Lokführern auf den österreichischen Bereichen der Streckenabschnitte Hegyeshalom-Kledering und Sopron-Kledering vereinbart. Der vida-Berufsgrup-

penauschuss Traktion hat gemeinsam mit der AK ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, ob betroffene ungarische Beschäftigte zumindest für die Zeit ihres Einsatzes in Österreich Anspruch auf Entlohnung nach dem österreichischen Kollektivvertrag (KV) haben.

Das Gutachten besagt, dass die ungarischen EisenbahnerInnen während der Arbeitskräfteüberlassung Anspruch auf die Mindestentgel-

te des österreichischen KVs samt Zulagen und Zuschlägen haben - auch Vordienstzeiten - sofern im KV vorgesehen - seien zu berücksichtigen. „Damit steht eindeutig fest, dass es zu keinem Lohndumping kommen darf“, freut sich vida-Gewerkschafter Gerhard Tauchner (stv. Vs. ZBR ÖBB Produktion GmbH).

Lesen die das gesamte Rechtsgutachten auf <http://schiene.vida.at>

Datenschutz

Ohne Betriebsvereinbarung kontrollierte ein Wiener Sozialdienstleister seine Botenfahrer per GPS-Ortungssystem.

Bild: Fotolia/shoot4u

GPS-Ortung

DIE KONTROLLE IMMER IM GENICK

Wie die rechtswidrige Überwachung der Botenfahrer aufflog.

Die Technik macht die lückenlose Kontrolle im Job möglich. Doch Menschen sind keine Roboter.

Damit die Menschenwürde nicht verletzt wird, sind manche Kontrollen gar nicht – und andere nur mit einer Betriebsvereinbarung erlaubt. Letztere ist nötig, wenn ein Arbeitgeber seine AußendienstmitarbeiterInnen via GPS-Ortung kontrollieren will. Ein Wiener Sozialdienstleister ignorierte die Rechtslage und installierte heimlich ein GPS-System in den Dienstfahrzeugen, die für Zustelldienste verwendet werden. Aufgeflogen ist der Fall, als ein Vorgesetzter einen Fahrer fragte, warum er so lange bei einer bestimmten Kreuzung gehalten habe. Das Betriebsratsteam kontaktierte vida.

ORTUNGSSYSTEM WIRD ABMONTIERT

„Wir haben den Arbeitgeber vor die Wahl gestellt, das GPS-System abzumontieren oder eine Klage zu riskieren“, erzählt

vida-Jurist Matthias Schachner. Das Unternehmen sagte daraufhin den Ausbau des Ortungssystems zu. „BetriebsrätInnen, die elektronischen Kontrollsystemen zustimmen, empfehlen wir, in die Betriebsvereinbarung Schutzklauseln für die Beschäftigten einzubauen“, rät Schachner. Bei Heimhilfen etwa, die ihre Arbeit vor Ort über mobile Endgeräte dokumentieren, sollte das Ortungssystem offline bleiben. Zwar kann man dann das ‚Navi‘ nicht verwenden. Dafür hat man die Sicherheit, dass der Chef nicht jeden Weg auf Schritt und Tritt mitverfolgt. Gibt es keinen Betriebsrat, muss bei einer GPS-Ortung jede/r Beschäftigte einzeln zustimmen. Manche Überwachungsinstrumente sind verboten, selbst wenn der Betriebsrat irrtümlicherweise zustimmt. Dazu gehören eine ständige Videoüberwachung, Leibesvisitationen oder Telefonabhöranlagen.

martina.fassler@vida.at

ROTES KREUZ STEIERMARK

HARTES MATCH – AUCH VOR GERICHT

Es geht um die richtige Berechnung des Entgelts und um die Betriebsratskörperschaften.

Um die Rettungssanis ging es bei der ersten Klage. Konkret um den Lohn ab der 41. Wochenstunde. Das Gericht gab der Ansicht von Zentralbetriebsratsvorsitzenden Günter Wutti Recht, dass als Berechnungsbasis der Bruttolohn samt aller Zulagen heranzuziehen ist. Das Rote Kreuz legte Berufung ein – und klagte selbst in einer zweiten Angelegenheit. Die Arbeitgeberseite behauptet, dass in den Bezirksstellen keine eigenen Betriebsratskörperschaften zulässig seien. Geht die Klage durch, brächte das eine Verschlechterung der Vertretung der ArbeitnehmerInnen vor Ort. Die Zahl der Betriebsräte würde von 60 auf 14 dezimiert.



In Uniform

kamen viele der BetriebsrätInnen zum Gerichtstermin.

Bild: z/vg

**Matthias
Kerschhaggl**
Betriebsrat



Auslagerung

MORAWA SPERRT ABTEILUNG IN WIEN ZU

Gewerkschaft und Betriebsrat erreichen Sozialplan.

Der Morawa Pressevertrieb sperrt mit Ende Mai die Abteilung für Retourenbearbeitung im 14. Wiener Gemeindebezirk zu. Für die 39 betroffenen MitarbeiterInnen gibt es zumindest einen Sozialplan.

Mit 31. Mai ist die Retourenbearbeitung für Ostösterreich beim Morawa Pressevertrieb Geschichte. 39 MitarbeiterInnen haben sich hier um Zeitschriften und Zeitungen gekümmert, die die Einzelhändler nicht verkauft und zurückgeschickt haben. Jetzt wird die gesamte Abteilung in die Slowakei ausgelagert. Das Argument ist wie immer finanzieller Natur, laut Geschäftsführung beträgt die Kostenersparnis bis zu 80 Prozent. Die Belegschaft in Wien, der Großteil Frauen, ist von der Nachricht Ende Februar völlig überrascht worden, sagt Betriebsratsvorsitzender Matthias Kerschhaggl: „Es hat kein Vorgespräch, keine Gerüchte gegeben, niemand hat damit gerechnet.“

SOZIALPLAN SOLL HÄRTEFÄLLE VERHINDERN

Der Schock wird nun zumindest ein bisschen gemildert. Gemeinsam mit der Gewerkschaft vida hat der Betriebsrat einen Sozialplan verhandelt und Abfederungen erreicht.

Eine fünfstellige Summe wird die Geschäftsführung jenen zur Verfügung stellen, die in die Arbeitslosigkeit abrutschen. „Das Geld soll unter Berücksichtigung von Dienstzeit, Alter, Kinder etc. möglichst gerecht verteilt werden“, sagt Kerschhaggl. Mehreren MitarbeiterInnen bleibt das erspart, sie haben einen gleichwertigen Job im Unternehmen angeboten bekommen. Verschlechterungen muss laut Kerschhaggl niemand in Kauf nehmen – zumindest ein kleiner Trost.

barbara.poelki@vida.at

REINIGUNG UND WARTUNG

GEGEN DIE UNSICHTBARKEIT

Initiative für Tagesarbeit von Reinigungskräften.

Sie kommen vor oder nach den Bürozeiten und hinterlassen keine Spuren, sondern beseitigen sie – Reinigungskräfte. Was dem Schreibtischbenutzer sauber und recht ist, bedeutet für die Beschäftigten enorm belastende, familienfeindliche Arbeitszeiten. Entweder, es wird in Nacharbeit geputzt oder frühmorgens und abends, in geteilten Diensten. Geteilter Dienst ist in Österreich besonders verbreitet, bei Nachtdiensten dagegen weisen wir EU-weit die besten Zahlen auf. Grund dafür ist vor

allem der von der Gewerkschaft ausverhandelte Kollektivvertrag, der ab 20 Uhr einen Nachtarbeitszuschlag von 50 Prozent vorsieht. Beim europäischen Sozialdialog der Reinigungsbranche in Brüssel haben die Sozialpartner erneut ein Bekenntnis zur Förderung der Tagesarbeit abgelegt. Den Worten sollen konkrete Taten folgen. Unter anderem wollen vida und Wirtschaftskammer Österreich gemeinsam Unternehmen von der bürobegleitenden Reinigung überzeugen.

Dienstzeiten Reinigungsbranche

Nachtarbeit

Österreich: 7% EU-Schnitt: 15%



Geteilter Dienst

Österreich: 35% EU-Schnitt: 20%

Quelle: UNI Europa



Roman Hiller

mit Christian Scheidl, Vershubleiter mit Triebfahrzeugführerprüfung (links): Mehr Überblick mit der Lokfernsteuerung.

Zwischen Schienen und Puffern für die ÖBB

„TONNENSCHWERER STAHL VERZEIHT KEINE FEHLER“

Im Dienst mit Vershubleiter Roman Hiller.

Ein tonnenschwerer Güterzug, gezogen von einer 10.000 PS starken Tauruslok donnert im Hintergrund vorbei, während ÖBB-Vershubleiter Roman Hiller noch schnell einen Funkspruch absetzt. Über seinen „Minicomputer“, genannt Motis, übermittelt er per GPS die aktuellen Daten des bereitgestellten Zuges an die Leitstelle

des Wiener Zentralverschiebebahnhofs. Jetzt heißt es nur noch Signal auf Grün für den soeben von ihm und seinen Kollegen bereitgestellten Güterzug. „So erhalten die Zielbahnhöfe, in denen Wagen abgekuppelt werden, von mir alle nötigen Informationen über die Länge des Zuges, seinen Bremsweg und die Positionierung der einzel-

nen Güter“, erklärt der 39-jährige Eisenbahner.

ABSOLUTE SINNES- UND KÖRPERKONTROLLE

Rund um die Uhr, an 365 Tagen im Jahr werden auf dem riesigen ÖBB-Areal, das sich über fast neun Kilometer vom südlichen Wien bis





nach Niederösterreich erstreckt, Züge „zerlegt“, verschoben und wieder zusammengefügt, um neu verteilt zu ihren Zielbahnhöfen zu gelangen. Damit dies reibungslos, sicher und schnell gelingt, sind eine komplexe Logistik, Hightech und 180 Beschäftigte im Einsatz zwischen den Gleisen notwendig. Keine Frage, der Job zwischen den Puffern bei jedem Wetter und teils schlechter Sicht ist nicht ungefährlich, sagt Hiller. Die strengen Sicherheitsbestimmungen müssen deshalb exakt eingehalten werden. „Die größte Gefahr geht aber von der eigenen Berufsroutine aus. Ein Fuß ist schnell in der Weiche eingeklemmt. Man darf sich zwischen den Waggons und Schienen keine Sekunde an die Macht der Gewohnheit verlieren - man muss aufpassen wohin man tritt. Denn tonnenschwerer Stahl verzeiht keine Fehler“, sagt der ÖBB-Bedienstete.

KLIRRENDE KÄLTE UND DRÜCKENDE HITZE

Heute hat Roman Hiller Tagdienst von 7 bis 19 Uhr. Bis zu vier unterschiedlich lange Schichten absolviert er gewöhnlich von Montag bis

Sonntag: „Bei allen Nachteilen hat der unregelmäßige Schichtdienst auch seine Vorteile. Dafür hat man an manchen Werktagen tagsüber frei.“ Im Jahr 2001 stieg Hiller bei den ÖBB ein: „Meinen Job erlebe ich als abwechslungsreich und verantwortungsvoll. Aber der Stress nimmt zu: Mit weniger Personal muss in kürzerer Zeit immer mehr geleistet werden“, sagt der ehemalige Tankwart und Vater eines Sohnes. Manchmal seien die Bedingungen bei diesem körperlich sehr anstrengenden Beruf extrem: Die Metallteile an den Wagen lassen sich bei eisigen Temperaturen nur schwer bewegen.

Bei klirrender Kälte müssen im knietiefen Schnee auf dem stark windexponierten Gelände die Weichen von Verwehungen befreit werden. „Da nützt auch die Weichenheizung nichts mehr. Da müssen die Schaufeln ran“, sagt Hiller: „Und im Sommer brennt die Sonne bei 30 Grad und mehr gnadenlos auf den Schutzhelm und die reflektierende Dienstkleidung.“

Nachdem alle länger arbeiten sollen, werde berufliche Gesundheitsförderung in Zukunft noch wichtiger werden. Die Angebote der Versicherungsanstalt für Ei-

senbahnen und Bergbau (VAEB), hält der Eisenbahner, der auch Betriebsrat ist, für ausgezeichnet. Kurse für einen gesunden Rücken sind unter den Kollegen heiß begehrt, wünscht sich Hiller eine Ausweitung dieses Angebots. Für Kurse müssten teilweise Urlaubstage abgetreten werden, verlangt der ÖBB-Beschäftigte hier Verbesserungen: „Schließlich profitieren Dienstgeber von gesunden Beschäftigten.“

IM „KNOCHENJOB“ AUCH NOCH MIT 65?

Für absolut notwendig hält der Eisenbahner den Vorstoß des ÖBB-Konzernbetriebsrats und der Gewerkschaft zur Einrichtung altersgerechter Arbeitsplätze. „Altersteilzeit oder Arbeitszeitverkürzung gibt es bei den ÖBB noch nicht. Müssen wir länger arbeiten, so muss es auch mehr Umschulungsmöglichkeiten geben. Bei aller Liebe zum Beruf: Meinen Knochenjob in 25 Jahren im Alter von 65 und darüber auszuüben, das kann ich mir nicht vorstellen“, ist Hiller skeptisch.

hansjoerg.miethling@vida.at

Mehr Informationen

zu den Kollektivverträgen finden Sie unter
<http://kollektivvertrag.vida.at>

DAS vida KV-BAROMETER

Sektion Soziale, Persönliche Dienste und Gesundheitsberufe

✓ Sozial- und Gesundheitsberufe (BAGS)

Der Kollektivvertrag für die Beschäftigten in privaten Sozial- und Gesundheitsberufen (BAGS-KV) wurde Ende März gesetzt. Damit gilt der Kollektivvertrag auch für Betriebe der Branche, die keine Mitglieder im BAGS-Arbeitgeberverband sind. Die kollektivvertraglichen Löhne und Gehälter sowie Zulagen steigen rückwirkend mit 1. Februar um **3,4 Prozent**. Die Ist-Löhne/Gehälter und Zulagen steigen um **3,2 Prozent**. Auch bei der Anrechnung der Elternkarenz bringt der Abschluss Verbesserungen.

✓ FriseurInnen

Die kollektivvertraglichen Löhne, die Zulage für HaararbeiterInnen und die Lehrlingsentschädigungen steigen mit 1. April um **3,6 Prozent**. Der Behaltefristlohn nach vierjähriger Lehrzeit steigt auf **1.036 Euro**. Der KV gilt für zwölf Monate.

Sektion Private Dienstleistungen

✓ Schädlingsbekämpfer

Die Monatslöhne laut Lohnordnung werden um **3,7 Prozent** erhöht. Der monatliche Mindestlohn für 40 Stunden pro Woche liegt künftig bei **1.368,22 Euro** statt bisher **1.319,78 Euro**. Zusätzlich wird die Trennungszulage um **3,05 Prozent** angehoben. Die Entschädigung für Lehrlinge wird um rund **3,5 Prozent** erhöht. Der neue Kollektivvertrag gilt ab 1. März für zwölf Monate.

✓ Beschäftigte in privaten Bildungseinrichtungen

Die Monatslöhne werden um 3,5 Prozent erhöht.

Die Eltern- und Hospizkarenz wird im Ausmaß von zehn Monaten angerechnet. Der KV gilt für zwölf Monate ab 1. Mai.

Sektion Verkehr

✓ Kleintransportgewerbe

Für die Beschäftigten im Kleintransportgewerbe konnte ein Abschluss **zwischen 3,5 und 3,4 Prozent** auf die Kollektivvertragslöhne erreicht werden. Gültig ab 1. März 2012 für zwölf Monate.

✓ Speditions- und Lagereibetriebe

Für die ArbeitnehmerInnen in den Speditions- und Lagereibetrieben konnte ein Abschluss von plus **56,50 Euro** linear auf alle KV-Löhne erzielt werden. Zudem werden alle Zulagen und Lehrlingsentschädigungen um **3,4 Prozent** erhöht. Weiters konnten auch die Forderungen der Arbeitgeber zur Flexibilisierung der Arbeitszeit (z.B. die Ausdehnung des Durchrechnungszeitraumes der Normalarbeitszeit als auch für die Mehrarbeit) vom Tisch verhandelt werden. Der Abschluss gilt ab 1. April 2012 für eine Dauer von zwölf Monaten.

✓ Seilbahnen

Für die Beschäftigten bei den Seilbahnen konnte folgender KV-Abschluss erreicht werden: **3,6 Prozent** Lohnerhöhung ab 1. Mai 2012, mindestens jedoch **50 Euro** in der Stufe 0 und mindestens **55 Euro** in der Stufe 1 (Das bedeutet in den unteren Stufen ein Einkommensplus von bis zu **3,88 Prozent**). Die Laufzeit beträgt 12 Monate. Zudem wurde die Nächtigungsgebühr auf **26,40 Euro** erhöht. Auch die Kosten für ein Leumundszugnis werden in Zukunft durch die Arbeitgeber übernommen.



Brigitte Hirt (42)
ist Fluglotsin bei Austrocontrol

Berufsportrait

JOB MIT SCHÖNER AUSSICHT

Wie hoch ist Ihr Einkommen?

Mein Grundgehalt ist cirka 6.500 Euro brutto pro Monat und wir haben eine 32,5 Stunden-Woche. Es werden pro Monat vier bis fünf Nachtdienste absolviert und eine Schicht kann zwischen acht und 12,5 Stunden dauern.

Warum sind Sie Fluglotsin geworden?

Ich habe den Job als Bankangestellte satt gehabt und mein Vater hat mir ein Inserat der Austro Control gezeigt. Das Fliegen an sich hat mich schon immer begeistert und da habe ich mich als Fluglotsin im „Tower“ am Flughafen Wien-Schwechat beworben. Mittlerweile sind es 22 Jahre. Du hast zwar eine sehr hohe

Eigenverantwortung, aber die Arbeit ist abwechslungsreich.

Wie sieht Ihr Tagesablauf aus?

Der früheste Beginn zum Tagdienst ist um 6:30 Uhr und der Spätdienst ist von 15 bis 23 Uhr. Im Rotationsprinzip wird nach einer Stunde der Arbeitsplatz gewechselt. Es gibt die „Rollkontrolle“, also die Koordination der Flugzeuge am Boden, den „Towerlotsen“, der die Freigabe für den An- und Abflug der Flugzeuge leitet und den „Koordinationsarbeitsplatz“, die Schnittstelle zu anderen Bereichen des Flughafens. Da der Job eine hohe Konzentrationsfähigkeit erfordert, wird nach 100 Minuten eine halbstündige Pause eingelegt.

Was gefällt Ihnen an Ihrem Job?

Es ist vor allem die Unvorhersehbarkeit, die einen reizt. Es kann sich das Wetter jeden Moment ändern und man muss sich blitzschnell auf neue Situationen einstellen können.

Abgesehen von der guten Bezahlung ist auch der tägliche Ausblick von meinem Arbeitsplatz aus im Tower beeindruckend.

Was gefällt Ihnen am wenigsten?

Die Flugsicherung darf nicht als reiner Kostenfaktor gesehen werden. In den letzten Jahren haben auch die Fluglotsen die Einsparungen in ihrem Arbeitsumfeld merkbar gespürt. Für den einwandfreien und sicheren Betrieb braucht es aber gewisse technische Voraussetzungen und Personalreserven.

patrick.nikitsner@aon.at

ZAHLEN UND FAKTEN

Die Überwachung des österreichischen Luftraums erfolgt von drei Bereichen aus. Das sind der Kontrollturm, die Anflugkontrolle und die Bezirkskontrollstellen. Österreichweit gibt es 370 Fluglotsen. Die Ausbildung zum Fluglotsen dauert im Schnitt rund drei Jahre und wird direkt bei der Austro Control absolviert, die in Österreich für den sicheren Ablauf des Flugverkehrs verantwortlich ist. Das Grundgehalt als Berufseinsteiger ist 4.500 Euro brutto pro Monat.

Bild: vida

GLOSSE

JOURNALISTEN OHNE BEISSHEMMUNG

„Hair Hitlers“ titelte das britische Boulevard-Blatt „Sun“. „Haarsträubender EU-Unfug“ ein österreichisches Kleinformat. Die EU möchte Friseurinnen verbieten, Stöckelschuhe anzuziehen und Schmuck zu tragen. Frechheit! So ähnlich formulierten die Journalisten voller Rage.

Was ist dran an der Meldung? Nicht „die EU“, sondern die Sozialpartner auf europäischer Ebene haben eine Rahmenvereinbarung für Arbeitnehmerschutzbestimmungen ausgearbeitet. Darin ist festgelegt, dass

bei der Auswahl der Produkte und der Einrichtung der Friseursalons die neuesten Standards einzuhalten sind. Die Arbeitgeber also zum Beispiel Färbemittel einzusetzen haben, die für die Beschäftigten unschädlich sind.

Tatsächlich sind auch für die ArbeitnehmerInnen Vorschriften vorgesehen: Die Schuhe sollen rutschfeste Sohlen haben, Arm- oder Handschmuck soll bei der Arbeit abgelegt werden. Mit Boshaftigkeit hat das nichts zu tun. Vielmehr damit, dass der Boden in Friseursalons

oft rutschig ist und Schmuck in Zusammenwirken mit Feuchtigkeit und Chemikalien Hautkrankheiten begünstigt. Journalisten, die sich die Mühe machten, zu recherchieren, haben positiv berichtet oder zumindest ihren Horrorbericht eingestampft. Wie ein Redakteur, der nach einem Anruf bei vida meinte: „Da mach ma dann ka Gschicht.“ Leider gibt es aber auch die anderen: Jene, die alles, was „von der EU“ kommt, ohne Beißhemmung niederschreiben – selbst wenn es inhaltlich begründet und gar nicht „von der EU“ ist. (mf)

Lücken im Arbeitnehmerschutz

gibt es bei auswärtigen Arbeitsstellen

Stunde um Stunde ausharren.

OHNE HEIZUNG, OHNE KLO ...

Damit sie im Notfall rasch zur Stelle sind, müssen die Sanis mit den Rettungswägen oft mitten in der Botanik auf ihren Einsatz warten.

Am 1. Juli 2011 startete in Tirol der neu organisierte Rettungsdienst. Das Land hatte als bislang erstes Bundesland in Österreich den Rettungsdienst europaweit ausgeschrieben. Zum Zug kam eine Bietergemeinschaft, die aus fünf österreichischen Rettungsdiensten besteht. Führend dabei: Das Rote Kreuz Tirol. Die Gewährleistung einer flächendeckenden Versorgung war Teil der Ausschreibung. Jeder Einsatzort muss innerhalb von 15 Minuten erreicht werden. Um das zu garantieren, warten die Sanis nicht nur an Stützpunkten auf ihre Einsätze. Zusätzlich gibt es „Bereitstellungspunkte“, an denen die Rettungsautos platziert werden – als auswärtige Arbeitsstelle, an der die Rettungssanitäter auf ihren Einsatz warten. Das Problem dabei, das viele SanitäterInnen im Winter zu spüren bekamen: In vielen Rettungsfahrzeugen fehlt eine Standheizung. Oft befinden sich die Bereitstellungspunkte auch in unbewohnten Gegenden – ohne benützbare WC in der Nähe. Wegen dieser bedenklichen Arbeitsbedingungen hat das Arbeitsinspektorat das Rote Kreuz bereits im Winter gerügt und auf eine Ausstattung der Fahrzeuge mit Standheizungen gedrängt. Auch die Festlegung der Bereitstellungspunkte dergestalt, dass eine offene Tankstelle oder ein Gasthaus in der Nähe ist, wurde von Amtsleiter Klaus Huber in einem Interview mit einer Tageszeitung angeregt. *vida* hat bei Betriebsrat Hansjörg Krug nachgefragt, ob sich die Situation für die Rettungssanitäter seither verändert hat.

„ES HAT SICH NICHTS GEÄNDERT“



Hansjörg Krug

„Wir stehen noch immer bis zu vier Stunden mitten in der Botanik, ohne Heizung und ohne Klo“, sagt Krug, der auch selbst als Notfallsanitäter arbeitet. Zwar sei die Zusage gemacht worden, dass die Zeiten an Bereitstellungspunkten ohne entsprechende Infrastruktur gekürzt werden. „Aber wir merken davon nichts“, sagt

Krug. Seine Forderung: „Alle Fahrzeuge müssen raschest mit einer Standheizung ausgestattet werden.“ Alle MitarbeiterInnen, die hauptamtlichen und die ehrenamtlichen, seien für eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Rettungsdiensten. „Aber darüber darf man nicht auf unsere Arbeitsbedingungen vergessen“, betont der Betriebsrat.

ANDERE SICHTWEISE

Das Büro des Tiroler Gesundheitslandesrates Bernhard Tilg verweist per E-Mail darauf, dass die „durchschnittliche Verweildauer am Flächendeckpunkt“ nur 30 Minuten betrage. Auch seien 90 Prozent der betroffenen Fahrzeuge mit einer Standheizung ausgerüstet und das Rote Kreuz habe mit einer Lebensmittelketten und Tankstellen eine Vereinbarung über die Nutzung der Sanitäranlagen getroffen. „Durch diese Maßnahmen sollte sich eine wesentliche Verbesserung für die Mitarbeiter ergeben“, endet das E-Mail an die *vida*-Redaktion. Hansjörg Krug von der Bezirksstelle Innsbruck Land hat von diesen Verbesserungen bislang nichts bemerkt. Was er zur Antwort aus dem Büro des Landesrats sagt, können Sie auf vida.at nachlesen.

Der Fall macht Lücken im Arbeitnehmerschutz deutlich. „Die Rettungsfahrzeuge sind als auswärtige Arbeitsstellen zu sehen und für diese gilt das Arbeitnehmerschutzgesetz nur eingeschränkt“, erklärt *vida*-Rechtsexpertin Canan Aytekin. Dabei gibt es in unserer Arbeitswelt sehr viele Berufsgruppen, die ihre Arbeit nicht an einem fixen Ort ausführen. „Auch für diese Beschäftigten braucht es Schutzbestimmungen, die menschenwürdige Arbeitsbedingungen sichern“, verlangt Philip Wohlgemuth von der *vida*-Landesorganisation Tirol. *vida* wird in diese Richtung verstärkt Druck machen. Wir halten Sie auf dem Laufenden.

martina.fassler@vida.at

Trotz Ausbildung nicht zum Beruf berechtigt?

Für Lehrberufe gibt es in Österreich zwei nebeneinanderstehende Ausbildungssysteme: Auf der einen Seite die berufsbildenden mittleren und höheren Schulen (BMHS). Auf der anderen Seite steht die duale Ausbildung mit Lehre im Betrieb plus Berufsschule. Bis vor einigen Jahren wurde der Abschluss einer BMHS mit einem Lehrabschluss gleichgesetzt.

Fehlende Anrechnungsbestimmungen bewirken, dass immer mehr Unternehmen BMHS-AbsolventInnen in eine Lehre drängen statt sie als fertige Fachkräfte einzustellen. Ein Bündnis aus Gewerkschaftsjugend, ÖGB und Gewerkschaften – wie auch die vida – macht gegen diesen Missstand mit einer Unterschriftenaktion mobil. Die Forderung: Die Gespräche zwischen den Sozialpartnern sollen wieder aufgenommen werden.



Innen einer BMHS jedoch bangen müssen, ob ihr Abschluss überhaupt anerkannt wird, dafür hat Merstik kein Verständnis. Was in manchen Betrieben, wie in seinem, selbstverständlich ist, nämlich die Gleichstellung einer entsprechenden BMHS-Ausbildung mit einem Lehrabschluss, funktioniert in anderen Branchen gar nicht. Vor allem bei kaufmännischen Lehrberufen komme es oft zu Problemen, weiß Merstik zu berichten. Für die jungen ArbeitnehmerInnen sei der Berufseinstieg in diesem Fall mit einer Riesenenttäuschung verbunden. „Sie fragen sich, welchen Wert ihre Ausbildung hat. Sie investieren Jahre in eine Ausbildung, die von Firmen einfach nicht anerkannt wird“, sagt Merstik. Mangels verpflichtender Anrechnungsbestimmungen liegt die Entscheidung beim Betrieb. Die Jugendlichen werden so nicht nur um Jahre, sondern auch um viel Geld gebracht. Ein Beispiel aus dem Tourismus zeigt, dass der Verlust in drei Berufsjahren bis zu 27.000 Euro beträgt, wenn der bzw. die AbsolventIn nicht als Fachkraft nach Kollektivvertrag, sondern als Lehrling bezahlt wird. Speziell in wirtschaftlich schwächeren Regionen bleibt vielen SchulabsolventInnen keine Wahl. Eigentlich ausgelernt, nehmen sie eine Stelle als

Lehrling an, um überhaupt beruflich einsteigen zu können. Merstiks Tipp, den er seiner eigenen Tochter gegeben hätte: „Orientiere dich rasch neu und versuche den richtigen Betrieb für dich zu finden!“ Karl Merstik plädiert dafür, dass die einzelnen Ausbildungsformen nicht gegeneinander ausgespielt werden sollten. Es müsse ein geregeltes Nebeneinander mit gegenseitiger Anerkennung möglich sein. Als Betriebsrat und Gewerkschaftsfunktionär fügt er hinzu: „Auch wir Sozialpartner sind gefordert! Österreich hat Ausbildungsmöglichkeiten, um die wir weltweit beneidet werden. Nach fast 20 Jahren – 1994 hat die Diskussion um die Anrechnung bereits begonnen – ist es nun an der Zeit, Rechtssicherheit für die Karriere mit Lehre zu schaffen.“

michaela.feik@vida.at

Rechtsunsicherheit

WAS IST DIE AUSBILDUNG WERT?

Den Betrieben ausgeliefert.



Karl Merstik ist seit 1993 Betriebsrat im Hotel Sacher und Berufsschullehrer. Er kennt die Sorgen junger Menschen am Anfang ihres beruflichen Weges gut. Die Entscheidung – Lehre oder BMHS – ist oftmals schwierig. Dass Absolvent-

WEBTIPPS

„Es geht um unsere Berufsberechtigung! Die Informationsbroschüre des Bündnisses Berufsberechtigung als Download auf www.vidajugend.at

Aktiv werden: www.facebook.com/berufsberechtigung

PROJEKT MIGiN

Arbeitsmarktvermittlung
maßgeschneidert

Jedes Jahr

werden bei MigIn rund 500 arbeitslose Frauen mit Migrationshintergrund individuell beraten. Im Vordergrund steht die Frage: „Was können Sie?“ statt „Was können Sie nicht?“. Der Erfolg des Projekts spricht für sich.

Menschen mit Migrationshintergrund finden oft keinen adäquaten Arbeitsplatz. Sprachschwierigkeiten, nicht anerkannte Ausbildungen, Informationsdefizite und vieles mehr machen die Jobsuche schwierig. Das AMS Wien hat 2007 das Projekt MigIn ins Leben gerufen, zunächst für Frauen mit türkischen Wurzeln. Klassische AMS-Maßnahmen hatten bei dieser Zielgruppe nicht gegriffen. Bei MigIn wird maßgeschneiderte Beratung angeboten, auch in der Muttersprache. Jede Klientin wird individuell betreut, sagt Projektleiterin Moluksadat Homayouni: „Wir beraten unterschiedlichste

Frauen, von der Akademikerin mit perfekten Unterlagen bis zur Analphabetin ohne Ausbildung oder Berufserfahrung. Da gibt es kein Schema F.“ Am Beginn der Beratung, die bis zu zwölf Monate dauern kann, steht eine Ist-Analyse. Ausbildung, Berufswünsche, Jobberfahrung, Lebensumstände - alles wird erfasst. Dann werden Hindernisse analysiert - warum hat es bislang nicht geklappt? Erst danach folgt die konkrete Jobsuche. Dabei geht es nicht darum, möglichst rasch irgendeine Stelle zu vermitteln, sondern einen Job, der den Fähigkeiten und Wünschen der Frauen entspricht oder zumin-

dest nahe kommt. Die Erfahrung hat gezeigt, dass viele Klientinnen sonst binnen weniger Wochen wieder beim AMS landen. „Es geht um Nachhaltigkeit“, sagt Moluksadat Homayouni: „Wir vermitteln über 50 Prozent unserer KlientInnen erfolgreich, die meisten, nämlich durchschnittlich 40 Prozent, üben den Job nach drei Monaten immer noch aus.“ Mittlerweile steht MigIn auch Frauen mit serbokroatischen und russischen Wurzeln zur Verfügung. Zehn BeraterInnen, alle sind zweisprachig, betreuen rund 500 Frauen pro Jahr.

barbara.poelki@vida.at

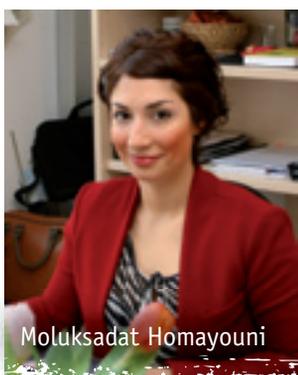
Bild: vida

INTERVIEW

„Unternehmen sollten mutiger werden!“

Moluksadat Homayouni, Projektleiterin MigIn

vida vertritt viele Branchen mit hohem MigrantInnen-Anteil, etwa Hotel- und Gastgewerbe oder Reinigung. Werden MigrantInnen oft als billige Arbeitskräfte ausgenutzt, deren Rechte man leichter beschneiden kann?



Moluksadat Homayouni

„Zum Teil ja, es gibt solche Betriebe. Wir versuchen aber immer, unsere Klientinnen gut über ihre Rechte zu informieren und raten ihnen zum Beispiel, eine eigene Zeiterfassung zu machen oder zu prüfen, ob sie ordentlich angemeldet sind. Und wir sagen Ihnen, dass sie sich wehren sollen, wenn etwas nicht stimmt.

Immer wieder werden Frauen bei Bewerbungen nur aufgrund ihrer Herkunft abgelehnt oder weil sie ein Kopftuch tragen. Für die Betroffenen ist das extrem frustrierend und wir sagen ganz klar, dass sie Diskriminierung nicht hinnehmen müssen. Solche Fälle melden wir der Gleichbehandlungsanwaltschaft.“

Was ist Ihrer Meinung nach die größte Hürde für MigrantInnen bei der Jobsuche?

„Wir müssen weg von dieser absolut defizit- und ausgrenzungsorientierten Diskussion, wo man oft nur Name und Geburtsort sieht und vorschnell urteilt. Was es braucht, ist ein ressourcenorientiertes Denken: ‚was kann die Bewerberin‘ statt ‚was kann sie nicht‘. Aufgrund der massiven negativen Darstellung fehlt die Wertschätzung für das, was Zuwanderer können. Für viele Jobs ist es zum Beispiel gar nicht nötig, dass man schon perfekt Deutsch spricht. Beim Auswahlverfahren werden Bewerberinnen aber oft deshalb abgelehnt, obwohl sie ausgezeichnete Fähigkeiten für die Stelle mitbringen. Die Unternehmen müssten viel mutiger werden und sehen: es ist eine Bereicherung.“

Bild: vida

RECHTE DER BELEGSCHAFT SICHERN

AUA-Arbeitskonflikt: Einigung mit Geschäftsführung in Sicht.

Der AUA-Betriebsrat Bord hat am 23. April am Flughafen Wien über die Ergebnisse der AUA-Aufsichtsratssitzung berichtet. Weit über tausend Beschäftigte haben ihm dabei den Rücken gestärkt. Beim Konflikt um den drohenden Betriebsübergang von Teilen der defizitären AUA zulasten des Personals zur Tochterfirma Tyrolean setzen Betriebsrat und Gewerkschaft weiter auf Verhandlungen. „Wir sind bereit, alle notwendigen rechtlichen Schritte zu setzen, um den Beschäftigten zu ihrem Recht zu verhelfen“, betonte vida-Vorsitzender Rudolf Kaske vor der Versammlung. Ein Streik sei als das letzte Mittel anzusehen: „Uns geht es um die Sicherung der Arbeitsplätze.“

NICHTS ZU VERSCHENKEN

Die Zeiten seien für Verhandlungen nicht einfach: „Aber wir haben nichts zu verschenken, wenn es um die Zukunft von Menschen und ihrer Familien geht“, sagte



Die Belegschaft
wird über verhandelte
KV-Änderungen abstimmen.

Bild: Betriebsrat Bord/ AUA

der vida-Verkehrssektionsvorsitzende, Gottfried Winkler, bei der Betriebsversammlung. AUA-Bordbetriebsratsvorsitzender Karl Minhard und Winkler riefen die Belegschaft zu Solidarität auf: „Es gibt nichts Schlechteres, als wenn es dem Management gelingen würde, euch auseinanderzuidividieren.“ Hintergrund des Konflikts sind Sparmaßnahmen. Die AUA hatte zu Jahresbeginn einseitig den Kollektivvertrag (KV) für das AUA-Bordpersonal über die Wirtschafts-

kammer gekündigt. Dafür wollte sie den günstigeren Tyrolean-KV anwenden. Um dies zu verhindern, hat vida aus strategischen Gründen den Tyrolean-KV gekündigt. „Bei einem Betriebsübergang wirken beide KV für bestehende Dienstverhältnisse in beiden Firmen ein Jahr nach“, stellte Winkler klar. Bei Druckschluss war eine Einigung im Arbeitskonflikt in Sicht. Aktuelles dazu sowie ein Rechtsgutachten finden Sie auf <http://www.vida.at>

ICH LEBE JETZT RAUCHFREI

SERVICE

Die Nichtraucher Programme der VAEB am Josefhof haben hohe Erfolgchancen.

Wer stinkende Klamotten, kalte Hände vom vor dem Lokal Rauchen und gelbe Zähne satt hat und lieber NichtraucherIn sein möchte, bekommt von der VAEB Unterstützung! Die Gesundheitseinrichtung Josefhof bietet seit Jahren Raucherentwöhnungsprogramme für alle VAEB-Versicherten an. Wer nicht bei der VAEB versichert ist, kann das Programm als SelbstzahlerIn buchen.

GEBEN SIE SICH EINEN RUCK

Sollten auch Sie mit dem Gedanken spielen, das Rauchen aufzugeben, braucht es nur folgende Schritte: Ab ins Gesundheitsbetreuungszenrum (GBZ), zur Wellcon oder zu BetriebsärztInnen. Damit festge-

stellt werden kann, ob das 7-Tage-Programm reicht oder das 20-Tage-Programm geeigneter ist, muss erhoben werden welcher Grad an Nikotinabhängigkeit besteht. Dafür wird ein Fagerström-Test gemacht. Am Josefhof werden verschiedenste Schulungen durchgeführt, um die persönlichen Auslösesituationen kennenzulernen oder einen anderen Umgang mit Stress und Ärger zu erlernen. Natürlich ist eine Josefhofwoche auch mit Entspannung und Bewegung verbunden. Das Areal des Josefhof in Graz Mariatrost bietet verschiedenste Bewegungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten und die Wander- und Laufwege sind auch nicht zu verachten.

alice.wittig@vaeb.at



NÄHERE INFORMATIONEN

www.josefhof.at, www.vaeb.at

in den GBZ - 6x in Österreich in Wien, Graz, Linz, Salzburg, Villach und Innsbruck oder telefonisch unter Tel.: 050 2350-37800

Bild: Fotolia/Mario Lopes

Vor den Vorhang BETRIEBSRÄTIN MIT ERFAHRUNG

Maria Schierz ist mehr als nur Mitglied des Zentralbetriebsrates beim Roten Kreuz Steiermark.

Seit 23 Jahren ist die gebürtige Weststeierin im Bereich Gesundheits- und soziale Dienste (GSD) tätig und seit 1996 ist sie Mitglied des Zentralbetriebsrates. „Gemeinsam mit meinen KollegInnen vertrete ich die Interessen von rund 420 ArbeitnehmerInnen und bin Ansprechperson für rund 60 BetriebsrätInnen“, erklärt die 57-Jährige. Das Rote Kreuz Steiermark hat derzeit rund 1.200 MitarbeiterInnen. Davon sind rund 420 im GSD tätig und der Großteil der Frauen ist als Teilzeitkraft in der mobilen Hauskrankenpflege unterwegs.

Die KollegInnen von Schierz kommen meistens mit Fragen zur Arbeitszeit und zum Dienstplan zu ihr. Dabei geht es häufig um Überschreitung der Arbeitszeit. „Unsere Teilzeitkräfte brauchen mehr Dienstplansicher-



Maria Schierz,
stellvertretende Vorsitzende
des Zentralbetriebsrates

heit. Derzeit belastet die Situation das Familienleben vieler KollegInnen“, erklärt die zweifache Mutter und ergänzt: „Das wäre auch im Interesse des Arbeitgebers, denn dann wäre die Fluktuation sicher niedriger.“

Seit Start der Mitgliederwerbaktion „Gemeinsam vida stark“ im November 2011 hat die stellvertretende Vorsitzende des Zentralbetriebsrates rund 25 neue Gewerkschaftsmitglieder geworben. „Gerade die Berufsrechtsschutzversicherung ist ein Anreiz für meine KollegInnen, der Gewerkschaft vida beizutreten. Aber wichtig ist, dass du für die KollegInnen immer ein offenes Ohr hast“, erklärt Maria Schierz abschließend.

patrick.nikitscher@vida.at

Bild: ÖGB/Thomas Reimer

www.spardabank.at

Gibt es eine Bank für
Arbeitnehmer(innen)?

JA!

SPARDAbank

Eine Bank wie ein Freund

SPARDAbank

freundlich & fair

SERVICE

VIDA-FERIEN- WOHNUNGEN

Günstig Urlauben mit vida

Sie wollen Ihren nächsten Sommerurlaub in Österreich verbringen? Als vida Mitglied haben Sie die Auswahl unter verschiedenen Ferienwohnungen zum günstigen Preis.

Die Wohnungen sind komplett und modern ausgestattet: Bettwäsche, Bade- Hand- und Geschirrtücher, TV, Radio, Koch- und Essgeschirr, Bügeleisen, Fön, usw. In den renovierten Wohnungen haben Sie noch zusätzlich Kabel oder Sat-TV sowie einen Mikrowellenherd. Sie sehen, der Aufenthalt in einer Ferienwohnung der Gewerkschaft vida bietet Ihnen einen Urlaub in angenehmer Atmosphäre. Daher schnell zugreifen, denn es gibt nur noch wenige freie Wohnungen für die kommenden Sommermonate.

PREISE (pro Person und Nacht)

Folgende Wohnungen sind noch für die kommende Urlaubszeit frei:

Bis 18. Mai 2012

Seefeld in Tirol

HS/NS Erw. € 17,--/ € 15,--

HS/NS Kinder (6-15 J.) € 9/ € 8,--

Dorfgastein und Zell/See (Wohnung 10 + 11) in Salzburg

HS/NS Erw. € 15,--/ € 13,--

HS/NS Kinder (6-15 J.) € 8/ € 7,--

Ab 19. Mai 2012

Seefeld in Tirol

HS/NS Erw. € 18,-- / € 16,--

HS/NS Kinder (6-15 J.) € 9,50 / € 8,50

Dorfgastein und Zell/See (Wohnung 10 + 11) in Salzburg

HS/NS Erw. € 16,-- / € 14,--

HS/NS Kinder (6-15 J.) € 8,50/ € 7,50

Hauptsaison (HS): von 19. Mai bis 29. September

Nebensaison (NS): seit 7. April bis 19. Mai und vom 29. September bis 24. November

NÄHERE INFOS

Genauere Infos über diese Angebote und über weitere Ferienwohnungen finden Sie unter Tel: 01/534 44 79 - 441 sowie im Internet unter:

<http://freizeit.vida.at -> Ferienwohnungen>

Bild: Fotolia/bettina sampl

„BAHN IM SCHROFFEN FELS“

Die Geschichte der Tiroler Mittenwald- und Außerfernbahn

Mittenwald/Karwendelbahn und die Außerfernbahn“: Viele Fragen stellen sich dazu dem Autorenteam Angela Jursitzka/Helmut Pawelka. Geht es in dieser Buchneuerscheinung doch um die historische Betrachtung der „kühnsten“ Bahn Tirols: Sogar in Bayern beträgt die Längsneigung ihrer Strecke teilweise noch 35 Promille. Das Buch richtet sich an eine bahninteressierte Leserschaft. Lokomotiven und Wagen beschäftigten das Autorenteam genauso wie die Eisenbahnpolitik zu Beginn des 20. Jahrhunderts, die Architektur der Bahnhofsgebäude und die Menschen dieser Zeit.



Mit 232 Fotos und Skizzen werden im Buch auf 144 Seiten mehr als hundert Jahre Eisenbahngeschichte

dargestellt. Autor Helmut Pawelka begann als Fahrdienstleiter, ging als ÖBB-Pressesprecher in Innsbruck in Pension und ist Eisenbahnfachautor. Angela Jursitzka, Journalistin und Schriftstellerin, schrieb auch Reiseberichte über Bahnfahrten u. a. in den „Salzburger Nachrichten“.

BUCHTIPP

„Bahn im schroffen Fels“

ISBN 978-3-87094-256-4

Preis: 22 Euro

Information:

www.alba-publikation.de



Bonusaktion für vida Mitglieder

DIE ZIRKUSPRINZESSIN

„Tag der Gewerkschaften“ bei den Seefestspielen 2012.

Die Seefestspiele Stubenberg inszenieren heuer im Sommer die amüsante Operette „Die Zirkusprinzessin“ von Emmerich Kálmán. Zoltan Kiss ist nach dem Riesenerfolg seiner „Csárdásfürstin“ am Neusiedlersee für die Regie verantwortlich. Aufgeführt wird sie in Österreichs größtem Theater-

zelt, unmittelbar am steiermärkischen Stubenbergsee gelegen. Das Zirkus-Palastzelt bietet auf 1.800 Tribünenplätzen anspruchsvolles, regengeschütztes Sommertheater. Restaurants am See und zahlreiche Buschenschenken mit heimischen Spezialitäten verwöhnen außerdem die FestspielbesucherInnen.

TAG DER GEWERKSCHAFTEN

Am 7. Juli 2012 ist der „Tag der Gewerkschaften“. Gewerkschaftsmitglieder können um bis zu 25 Prozent vergünstigte Tickets erwerben.

Genauere Infos, eine Preisauskunft und die Karten erhalten sie bei der Kartenstelle des ÖGB.

KARTENSTELLE DES ÖGB

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Tel.: 01/53444 - 39675

<http://kartenstelle.oegb.at>
ticketsservice@oegb.at

Weitere Angebote der ÖGB-Kartenstelle finden Sie auch im Monatsmagazin „cult&card“ (Bestellung Tel.: 01/534 44 DW 39100, servicecenter@oegb.at).

GEWINNSPIEL

Die Gewerkschaft vida verlost zwei Karten für die Vorstellung am „**Tag der Gewerkschaften**“ im Wert von 39 Euro pro Person.

Wie es geht, erfahren Sie auf der nächsten Seite!

Bild: Gerberhaus Kulturproduktionen



WIR LEBEN GEWERKSCHAFT vida
Je mehr wir sind, desto mehr können wir bewegen.

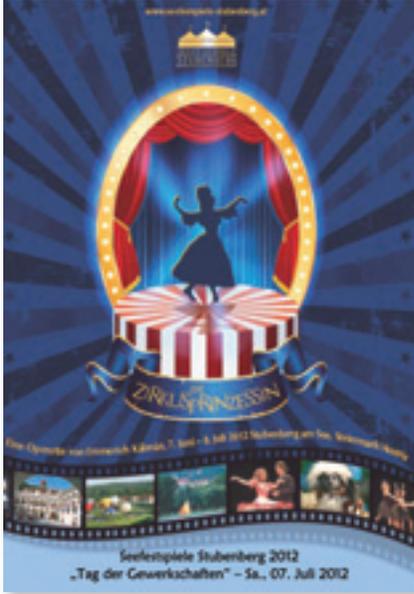
Reden. Überzeugen. Gewinnen.
ES IST ZEIT FÜR DICH.

<http://mitgliedwerben.vida.at>



SEEFESTSPIELE STUBENBERGSEE

Miträtseln und 2 Karten gewinnen!



LÖSUNGSWORT

--	--	--	--	--	--	--

1 2 3 4 5 6 7

eh. öst. Speerwerferin (Eva)	vorwärts! (ital.)	Abk.: November	Futterbehälter	▼	Chef (amerik.)	die Landwirtsch. betreffend	Kfz.-Z. Baden/Nö	Streitstüchtiger, Querulant	▼	Geliebte des Romeo
▶	▼	▼	▼		Foto vom Negativ	▶	▼	▼		
ankündig. Zeichen beim Zugbetrieb	1									kostenlose Beförderung
Voranzeige, Nachricht	▶				antikes Volk im Iran		unbestimmter Artikel	▶		
Lastenheber (Kurzw.)		Reisebeginn		Insel im Bodensee	▶					
▶		▼					Federwechsel der Vögel		4	flacher Strandsee
▶				Bergstock der Dolomiten		österr. Dichter (Max) † 1971	▶			
Nadelbaum	Bußbereitschaft		abgesondert, einzeln	▶						
übermäßig schneller Fahrer	▶					Abk.: Allgem. Geschäftsbeding.		Zeichen für Gallium	▶	
ohnehin, sowieso			Kfz.-Z. Oberwart/BG		alte assyr. Hauptstadt	▶				3
Facharzt	▶		▼					Zeichen für Nickel	▶	
ungefähr	▶				Postsendung	▶				7
										s1112.2-2

...UND SO GEHT'S!

Schicken Sie das Lösungswort an:
vida/Pressereferat;
Kennwort
„Seefestspiele Stubenbergsee“,

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
oder per E-Mail an
oeffentlichkeitsarbeit@vida.at
Einsendeschluss: 25. Mai 2012

AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS

Ausgabe Februar/März 2012
Lösungswort: **PFLEGE**

IMPRESSUM

Herausgeber: ÖGB/Gewerkschaft vida, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96 - 39744, Fax 01/662 32 96 - 39793, E-Mail: renate.wimmer@oegbverlag.at, www: <http://www.oegbverlag.at>, UID: ATU 55591005, FN 226769i
Hersteller: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Bickfordstraße 21
Herstellungsort: Neudörfel; Verlagsort: Wien
Redaktionsteam dieser Ausgabe: Martina Fassler (Chefredakteurin), Michaela Feik, Hansjörg Miethling, Patrick Nikitser, Maria Ostermann, Barbara Pölki
Sonderseiten PensionistInnen: Walter Darmstädter, Rudolf Srba
Grafik: Peter-Paul Waltenberger (AD), Reinhard Schön (ÖGB-Verlag)
Foto Titelseite: www.lisalux.at
Redaktionsadresse: Gewerkschaft vida, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, oeffentlichkeitsarbeit@vida.at, Tel: 01/53 444 79-265
DVR-Nr. 0046655, ZVR 576 439 352

■ S ■ W ■ ■ ■ ■ ■
 ■ H A N D W E I C H E
 ■ A B A ■ W I N D E I
 ■ M O P P ■ W ■ R U N
 ■ P ■ F U G E ■ O ■ E
 ■ B O B ■ F ■ I M M U N
 ■ O E L F A S S ■ L ■
 ■ ■ L ■ E ■ S P I K E
 ■ S I E R R A ■ ■ N ■ H
 ■ E G G E ■ H E K T O R
 ■ L ■ D E L ■ E I L E
 ■ S O L ■ E X A M E N

Im Steuer-Sparadies? Ja, ganz sicher!

Sparen
Sie sich die
Wertzuwachs-
steuer!

Genießen Sie jetzt mit der ÖBV sensationelle Steuervorteile:

- > KEST- und Wertzuwachssteuer-frei sparen mit der fondsgebundenen Lebensversicherung der ÖBV
- > KEST- und Wertzuwachssteuer-frei sparen mit der klassischen Lebensversicherung der ÖBV
- > Steuerfreie Zusatzpension mit der staatlich geförderten Zukunftsvorsorge der ÖBV
- > Fragen Sie uns, wir beraten Sie gerne!



Mit der ÖBV durchs Leben